



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Z.: Guizots Memoiren (Band 8.).

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

reifenden Grade herbei, denen Tausende als Opfer fallen, wie namentlich die Belagerungen von Mainz und Torgau bewiesen haben! — Um der Wiederkehr solcher Calamitäten für die Folge vorzubeugen, müßte den Belagerten, sowohl den Truppen als den Bewohnern, gestattet werden, transportfähige Kranke und Verwundete, deren Heilung resp. bis zum Wiedereintritt der Dienstfähigkeit zweifelhaft ist oder sich in die Länge zieht, von Zeit zu Zeit evacuiren und nach Militärlazarethen oder Civilspitälern in offenen Städten zerstreuen zu dürfen, in denen sie unter dem Schutze der Neutralität der Behandlung unterworfen werden könnten und der nachtheiligen Rückwirkung entzogen würden, die bei ihrem Verbleiben in der Festung auf die Gesunden nicht ausbleibt.

Die erhabene Idee, welche der Convention zum Grunde liegt, hat in den Herzen aller Menschen einen zu mächtigen Anklang gefunden, das Bedürfniß ihrer Ausführung bei allen civilisirten Völkern zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß ihre Verwirklichung je wieder aufgegeben werden könnte, so groß auch die Schwierigkeiten sind. Das Liebeswerk darf aber kein Stückwerk bleiben. Es müssen alle Feldlazarethe mit ihrem Personal unbehelligte Stätten der Humanität werden, auf welchen gemeinschaftlich von beiden kriegsführenden Parteien allen Opfern des Krieges Beistand und Hilfe ohne irgendeine Störung und Beschränkung so lange gewährt wird, als die Noth es erheischt. Zur Erreichung dieses Zieles wird eine Revision und veränderte Fassung der Conventionsartikel durch sachverständige Männer auf einem abermals anzuordnenden Congresse nothwendig sein. Für die Hilfsvereine erwächst die Aufgabe, auf einer internationalen Conferenz durch eine Vorberathung auf den gleichen Zweck hinzuwirken, damit sie in künftigen Kriegen eine sichere Basis für ihre Wirksamkeit finden.

Dr. A. L. Richter.

### Guizot's Memoiren (Band 8.).

Guizot, mémoires pour servir à l'histoire de mon temps. T. VIII. Paris, Michel Lévy frères. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1867.

1.

#### Auswärtige Politik.

Mit dem vorliegenden achten Bande bringt Guizot seine Memoiren zum Abschluß. Der Sturz der Julimonarchie, mit der er untrennbar verwachsen war, entfernte ihn für immer von der politischen Schaubühne, auf der er eine

so hervorragende Rolle gespielt hatte. Die Sache, für die er gekämpft hatte, war in dem Grade seine eigene Sache geworden, daß für ihn so wenig, wie für ein Mitglied der Familie Orleans, die Möglichkeit vorhanden war, in der neuen Ordnung der Dinge einen politischen Wirkungskreis zu suchen. Es war aber nicht nur die Personenfrage, die ihn von jeder Bethheiligung an der Regierung des Kaisers ausschloß, so wenig wie das Band, welches ihn mit Ludwig Philipp verknüpft hatte, ein nur persönliches gewesen war. Was zwischen Guizot und dem kaiserlichen Frankreich eine unübersteigliche Scheidewand zog, war vielmehr der principielle Gegensatz, in dem der energische Vertreter des parlamentarischen Systems zu dem Imperialismus stand. Die politische Freiheit ist mit dem Cäsarismus unvereinbar. Warum aber, könnte man fragen, hat Guizot nicht, wie z. B. Thiers, den allerdings enge umgrenzten Raum, den auch Napoleon der politischen Debatte hat gewähren müssen, benützt, um das System, mit dem er sich nicht versöhnen kann, zu bekämpfen? Wer seine politische Thätigkeit vom Jahre 1830 an verfolgt und zugleich die fortlaufenden Commentare derselben, die er in seinen Reden und Schriften niedergelegt hat, zu Rathe zieht, der wird sich diese Frage leicht beantworten können. Guizot sah das parlamentarische Regime für das der Entwicklung der politischen Freiheit die sichersten Bürgschaften bietende Staatsprincip an; aber in noch höherem Grade, als er diesem Regime ergeben ist, fürchtet er die Revolution. Für ihn wird sich daher die Frage so stellen: Ist im gegenwärtigen Augenblick ein Kampf für die Wiederherstellung des parlamentarischen Systems möglich, ohne die Existenz des Kaiserthums selbst zu gefährden? Verneint er diese Frage, so muß er seine politische Thätigkeit als abgeschlossen ansehen. Denn er wird den gewaltsamen Sturz des Kaiserthums für ein größeres Unglück halten, als die Fortdauer eines Zustandes, der mit seinen Grundsätzen allerdings im schroffsten Widerspruche steht. Es bleiben ihm nur die Resignation und die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Freiheit. Auf welchen Umwegen diese Hoffnung sich verwirklichen wird, das ist ein Geheimniß, dessen Schleier er nicht zu lüften wagt. Daß sie sich aber verwirklichen wird, daran hält er fest mit der zähen Energie, die seinen Glauben an eine sittliche Weltordnung charakterisirt.

Unter den Werken seiner Muße nehmen seine Memoiren jedenfalls eine hervorragende Stelle ein. Wo er, wie in der Broschüre über Italien und das Papstthum, die Entwicklung der Gegenwart kritisirt, vermag er es nicht, sich über den Standpunkt zu erheben, den er als praktischer Staatsmann einst den Reimen dieser Entwicklung gegenüber eingenommen hat. Die Anschauungen der altfranzösischen Schule, die auch von der napoleonischen Staatskunst in höherem Grade getheilt werden, als es meist angenommen wird, sind durchaus die seinigen. Er denkt über die nationalen Bestrebungen der Nachbarvölker nicht anders als Thiers, nur daß er von der cynischen Mißachtung fremder Berech-

tigung und der maßlosen ebensowohl individuellen wie nationalen Eitelkeit dieses gepriesenen, aber weit überschätzten Staatsmannes sich frei hält. — In den Zeiten der Julimonarchie hatte dieser gegenwärtig unhaltbar gewordene Standpunkt eine gewisse Berechtigung. Deutschland kam noch nicht in Betracht; die Bestrebungen der schweizer Radicalen durfte man hoffen, durch einen gemeinsamen Druck der Großmächte zu einer Bewahrung der durch die wiener Verträge errichteten Bundesverfassung zu zwingen; in Italien dagegen fiel Frankreich die complicirtere Aufgabe zu, den überwiegenden Einfluß Oestreichs, der sich auf die conservativen und reactionären Tendenzen der italienischen Cabinete stützte, zu brechen, und andererseits, die liberale Patriotenpartei soweit zu beherrschen, daß man alle auf den Einheitsstaat gerichtete Bestrebungen im Keime ersticken konnte. Denn die Einheitsidee widersprach nicht nur der traditionellen französischen Politik, die in jeder Zusammenfassung der italienischen Nationalkraft eine Verminderung der französischen Macht sah; jeder entschiedene Schritt in dieser Richtung würde ein gewaltames Einschreiten Oestreichs provocirt haben, jede bewaffnete Einmischung Oestreichs hätte aber Frankreich vor die Alternative eines Rückzuges oder eines Krieges gestellt. Beide Eventualitäten mußten Guizot gleich bedenklich erscheinen. Die Preisgebung Mittelitaliens und insbesondere des Papstes Pius des Neunten an Oestreich wäre, und mit Recht, in ganz Frankreich als eine unverzeihliche Schädigung der National-ehre empfunden worden, ein Krieg gegen Oestreich (ganz abgesehen von den friedlichen Neigungen Ludwig Philipps und seines Ministers) hätte Frankreich zum Verbündeten der revolutionären Propaganda gemacht. Vor dieser Bundesgenossenschaft aber hatte der König einen unüberwindlichen Abscheu. Die französische Demokratie hatte in den ersten Jahren sich bemüht, seine Regierung auf diese Bahnen zu drängen; ihre Bemühungen hatten nur zur Folge gehabt, seine Annäherung an die Cabinete zu erleichtern und zu beschleunigen. Was er in den Jahren seiner größten Popularität nicht gewagt hatt, das mußte ihm zu einer Zeit, wo er in der Demokratie seine erbittertsten Feinde sah, gradezu als ein politischer Selbstmord, als eine moralische Unmöglichkeit erscheinen. Die zwischen den beiden Extremen einzuhaltende mittlere Linie ergab sich somit ganz von selbst: es kam darauf an, durch Begünstigungen der gemäßigt liberalen Partei eine Reform der schreiendsten Mißbräuche herbeizuführen, und auf diese Weise zugleich der östreichischen Herrschsucht und dem Radicalismus der unitarisch gestimmten Demokratie Schwach zu bieten. Der Hebel für diese Politik war selbstverständlich in Rom anzusetzen, wo die Regierung immer einen starken Widerwillen gegen den ausschließlichen Einfluß Oestreichs empfand, und wo es demgemäß neben einer östreichischen auch eine französische Partei unter den Cardinälen gab. Einen vorzüglichen Vertreter der von ihm beabsichtigten Vermittelungspolitik hatte Guizot in Rossi gefunden, der wie wenig andere die

Praktiken des geistlichen Regiments kannte und es verstand, sich mit außerordentlicher Gewandtheit nicht nur mit dem Vatican und den hohen Würdenträgern der Kirche auf guten Fuß zu stellen, sondern auch in den niedern, von der Diplomatie meist unbeachtet gelassenen und doch nach Oben einen entscheidenden Einfluß ausübenden Sphären der geistlichen und Beamtenhierarchie für das französische Interesse Propaganda zu machen. Welches Aufwandes von activer Fähigkeit es bedurfte, um von der passiven Fähigkeit Gregors des Sechzehnten, in dem die starre, unnachgiebige *vis inertiae* des Priesterregiments, das System des *non possumus* sich verkörpert hatte, in der Jesuitenfrage die von der französischen Regierung geforderten Zugeständnisse zu erhalten, ist im siebenten Bande der Memoiren erzählt worden. Inzwischen hatte die dumpfe Erregung der Geister, die in Italien herrschte, zu aufständischen Versuchen in der Romagna geführt, als der Tod Gregors der italienischen Bewegung einen unerwarteten Aufschwung gab.

Mit der Wahl Pius des Neunten begann die ungeheure Bewegung, die nicht nur die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten umformen, sondern auch der Karte Europas eine neue Gestalt geben sollte. Wenn man sich den tiefen Eindruck, den die ersten reformatorischen Maßregeln des neuen Papstes überall hervorbrachten, ins Gedächtniß zurückruft, wenn man sich die jugendliche Begeisterung vergegenwärtigt, mit der die römische Bevölkerung ihr Oberhaupt umdrängte, und ihm hoffnungsvoll ihr „Muth, heiliger Vater, Muth!“ zurief, wenn man der Tage gedenkt, wo die Augen nicht bloß des katholischen Europa mit namenloser Spannung auf die alte Hauptstadt der Welt gerichtet waren, in der, wie man glaubte, die Saaten einer neuen, schönen und freien Zukunft gestreut wurden, und wenn man dann diesen Frühlingdrausch, der uns fast zum Mythos geworden ist, mit der Gegenwart vergleicht, wenn man von dem edlen, poetisch verklärten Bilde des päpstlichen Befreiers die Blicke auf den schwachen Greis wirft, der gegenwärtig mit der ganzen zähen Widerstandskraft der Hierarchie erfüllt, den hoffnungslosen Kampf für die letzten Überreste des *patrimonium Petri* kämpft gegen eben die Elemente, die in schwärmerischer Verehrung ihn einst auf den Schild erhoben als Führer in dem Kreuzzuge für die Befreiung Italiens und aller unterdrückten Völker; — so wird man vergebens nach einem vermittelnden Gliede suchen, welches diese schroffen Gegensätze mit einander verknüpft. Und in der That fehlt die Vermittelung. Ein Abgrund, wie Guizot treffend es ausdrückt, liegt zwischen den beiden Perioden in der tragischen Regierungsgeschichte Pius des Neunten.

Es läßt sich nicht bezweifeln, daß Pius der Neunte auf den päpstlichen Stuhl den ernstlichen Willen mitbrachte, die schlimmen Mißbräuche und Entartungen des geistlichen Regiments zu mildern und, so weit dies möglich war, zu beseitigen. Aber schon in den ersten Anfängen seiner Regierung bedurfte

es des wohlwollenden Drängens der französischen Regierung, um den gutgemeinten Bestrebungen des Papstes eine bestimmte Gestalt zu geben. Die Ziele, die die französische Regierung im Auge hatte, waren nichts weniger als ausschweifend; sie beschränkte sich im Grunde darauf, den Papst zur Einführung einer vernünftigen Verwaltung zu bewegen. Vor allem kam es darauf an, dem Laienelement den Zutritt zu den höchsten Verwaltungsstellen zu verschaffen und den ausschließlich geistlichen Charakter der Regierung zu beseitigen. Denn die alten Klagen über die geistliche Verwaltung waren ebenso allgemein wie gerecht. Wie war es möglich, daß ein römischer Cardinal, ein Pfeiler der hart bedrängten *ecclesia militans*, den in seinen Augen untergeordneten Interessen der bürgerlichen Wohlfahrt die Aufmerksamkeit und Theilnahme widmen konnte, auf welche die Unterthanen des Papstes Anspruch zu haben glaubten? Während selbst die despotischste weltliche Regierung Sorge tragen wird, wenigstens den materiellen Wohlstand ihrer Unterthanen zu fördern, fragte die klerikale Partei nur nach dem, was der Kirche und ihren Gliedern frommte. In ihren Augen war der Kirchenstaat ja nur die Residenz des Papstes, sein Reich war die Welt. So lange man im Stande war, die gesammte katholische Christenheit tributpflichtig zu erhalten, hatte man nicht nöthig, zur Steigerung des Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit der Römer und Romagnolen bei der modernen Staatskunst in die Lehre zu gehen, hatte man nicht nöthig, Eisenbahnen zu bauen, von denen man fürchtete, daß sie das Gift der Aufklärung in die verstecktesten Thäler der Apenninen tragen könnten. Man konnte das metternichsche Stabilitätsprincip unbedingt und unverfälscht anwenden, ohne selbst auf dem Boden der materiellen Interessen dem Fortschritt auch nur die kleinste Concession zu machen.

Die Bedenkllichkeiten, die der Papst zu überwinden hatte, ehe er sich auch nur zu einer theilweisen Säkularisirung der Regierung entschloß, das unentschlossene Schwanken, das allen reformatorischen Maßregeln voranging, die Halbheit und Unsicherheit in der Ausführung derselben, wenn man durch Rossi's Drängen und die Gewalt der Umstände endlich genöthigt wurde einen Schritt vorwärts zu thun, sie hätten Guizot, wenn er nicht unter dem Eindruck eines, übrigens von aller Welt getheilten hoffnungreichen Vorurtheils gestanden hätte, überzeugen müssen, daß Pius beim besten Willen doch nur im Stande war, die Erwartungen zu spannen, nicht aber sie zu befriedigen, daß es ihm zu dem Beruf des Reformators sowohl an moralischer Kraft und Unabhängigkeit des Urtheils, wie an materieller Macht gebrach. Die *Ervivas* wiederholten sich, aber die Ungeduld stieg; „das Land wartete aber mit einer entschlossenen Ungeduld“, heißt es in einem Berichte Rossi's, der sich über die Gefahren der Lage durchaus keine Illusionen macht. Die Hoffnungen wurden schwächer, die Ansprüche größer. Die Versuche, eine Reformpartei zu bilden, scheiterten ebenso an

der Schwäche der gemäßigten Elemente, wie der Regierung, die es weder mit der Bewegungspartei noch mit der Reaction verderben mochte, und die in der ungewohnten Thätigkeit des Reformirens eine unglaubliche Unbehilflichkeit zeigte. Die vielgerühmte Klugheit des Priesterregiments versagte gänzlich, so wie es galt, auch nur einen Schritt aus dem gewohnten Kreise herauszuthun. Es offenbarte sich unwidersprechlich, daß die ganze Regierungskunst der Kurie nichts als Routine war, und daß wo diese aufhörte, die bodenloseste Unfähigkeit und Unwissenheit begann. Um so geschickter wußten die Volksführer zu operiren; dem scharfblickenden Rossi entgeht es nicht, daß in der Ordnung, die bei feierlichen Gelegenheiten unter dem Volke herrscht, sich sehr bald eine förmliche Organisation bemerkbar macht. Das Ziel dieser thätigen und gewandten Demagogie, die auch den führerlosen gemäßigten Liberalismus ihrer Leitung zu unterwerfen wußte, ging über alle Reformideen des Papstes hinaus. Sie sammelten um sich den Kern der schnell über alle Staaten Italiens sich verbreitenden nationalen Einheitspartei, die sich wohl den Papst als Führer oder vielmehr Bannerträger hätte gefallen lassen, im Uebrigen aber zugleich revolutionär nach Innen, kriegerisch gesinnt nach Außen war. Wie hätte aber Pius, dessen Schwäche von Tage zu Tage mehr hervortrat, auch nur die nominelle Leitung einer Partei übernehmen können, die kein anderes Ziel als den Sturz der Dynastie und die Vertreibung der Oestreicher verfolgte und die denn auch bald zu der Ueberzeugung kam, daß das Schwert Italiens einem kräftigeren Arme als dem des milden Kirchenfürsten anzuvertrauen sei. Man kann nicht behaupten, daß Guizot durch diese seinen Wünschen so sehr widersprechende und seine Politik zur Nichtigkeit verurtheilende Wendung der Dinge überrascht worden wäre; die Möglichkeit dieses Umschwungs hatte er von Anfang an ins Auge gefaßt und in Rossis interessanten Berichten ist der Hoffnung immer eine sehr starke Dosis Besorgniß beigemischt. Aber Guizot, wie in noch höherem Grade Ludwig Philipp überschätzte die Wirkung einer mit Vorliebe und unleugbarer Geschicklichkeit geleiteten Vermittlungspolitik in einer Zeit, in welcher fast in ganz Europa der öffentliche Geist einen entschieden radicalen Charakter angenommen hatte. Wenn Metternich sich in einem interessanten Schreiben an den österreichischen Gesandten in Paris, den Grafen Appony, über Guizots vermittelnde Reformpolitik beschwert, so hatte er nicht Unrecht mit der Behauptung, daß die Politik des juste milieu nicht geeignet sei, eine im ersten Stadium ihrer Entwicklung befindliche Revolution zu lenken. Er vergaß dabei nur, daß sein frivoles Unterdrückungssystem am meisten dazu beigetragen hatte, den Geist der Reform in einen Geist der Revolution umzuwandeln. Und dabei fehlte es ihm doch, trotz seiner scharfen Kritik der französischen Vermittlungspolitik, an dem Muthe, energisch gegen die Anfänge der Revolution aufzutreten; er that genug, um zu reizen, aber viel zu wenig, um dem Gegner zu imponiren und

ihn zu entmuthigen. Er war der stille Verbündete Mazzinis, mit dem er in der Opposition gegen Guizots Reformpolitik völlig übereinstimmte.

Die Reformpolitik hatte indessen in allen Staaten Italiens große Fortschritte gemacht, ohne jedoch dem nationalen Einheitstrieb volle Befriedigung zu verschaffen. Oestreich rüstete, und bereitete sich, ohne seine zuwartende Haltung zunächst aufzugeben, auf die Ereignisse vor, die die nächste Zukunft bringen mußte. Frankreich bot dem Papste seine bewaffnete Hilfe an gegen jeden Angriff, möge er von außen oder von innen kommen. Wer war der auswärtige Feind, den man fürchtete? Hatte Guizot bloß die italienischen Unitarier im Auge, oder war er entschlossen, vorkommenden Falls mit Hilfe dieser Partei auch einer östreichischen Intervention die Spitze zu bieten? Der Ausbruch der Februarrevolution hat es Ludwig Philipp erspart, selbst die Consequenzen seiner italienischen Politik zu ziehen.

Auch in den durch die Jesuitenfrage hervorgerufenen schweizer Wirren suchte Guizot eine vermittelnde Politik durchzuführen, die indessen von einer starken Sympathie für den Sonderbund nicht frei war. Nicht als ob er die Berufung der Jesuiten in die Arcantone gebilligt hätte; dieser Schritt schien ihm vielmehr schon wegen seines provocirenden Charakters als beklagenswerth. Diese Ursache des Haders hätte er am liebsten durch eine Abberufung der Jesuiten von Seiten des Papstes beseitigt gesehen. Das Princip, für welches er eintrat, war vielmehr das der Cantonsouverainetät, die sich durch die Centralisationsbestrebungen der Radicalen bedroht sah und als deren Repräsentant der Sonderbund der katholischen Cantone anzusehen war. Offenbar handelte Guizot hier durchaus im Sinne der alt-französischen Traditionen, keineswegs aber der öffentlichen Meinung, die in Frankreich, wie überall, aufs lebhafteste für die Bundesregierung und gegen die reactionären Tendenzen der Arcantone Partei nahm. Die festländischen Cabinete schlossen sich im Allgemeinen der französischen Auffassung an, gingen indessen insofern einen Schritt weiter, als sie auch einer materiellen Einmischung nicht abgeneigt waren. Dies gilt besonders von Metternich, der offenbar den sehnlichen Wunsch hatte, auf wohlfeile Weise wieder einmal die Führung einer antirevolutionären Liga zu übernehmen. Aber so dringend, wie er durch einen Glanz seine abgestandene Restaurationspolitik zu stärken und zu erquickern wünschte, ebenso eifrig war Guizot darauf bedacht, die Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege zu ebnen, nicht bloß aus Rücksicht auf die Stimmung in Frankreich, sondern auch, um sich nicht von England zu trennen, dessen Regierung, besonders seit Palmerston wieder ans Ruder gekommen war, offenbar größere Sympathien für die schweizer Liberalen als für den Sonderbund empfand, und sich doch auch vor einer diplomatischen Isolirung scheute. Palmerston mußte sich durch eine zwar sehr geschickte, aber zweideutige Verschleppungspolitik, über die sehr interessante Aufschlüsse gegeben werden, aus diesem Dilemma zu

ziehen. Nach langem Hin- und Herverhandeln einigten sich die fünf Mächte endlich über eine durch Palmerstons Bemühungen sehr abgeschwächte identische Note, die aber erst nach der Entscheidung in Bern anlangte. Der englische Gesandte Peel hatte in Palmerstons Auftrag unter der Hand den General Dufour zum raschen Vorgehen gegen den Sonderbund ermuntert. Der schnelle Ausgang des Kampfes zerstörte alle Berechnungen der Diplomatie: die Niederlage der französischen Politik, die in dieser Frage die Leitung übernommen hatte, war vollständig. Guizot gesteht offen seinen Fehler ein, der hauptsächlich dadurch hervorgerufen war, daß er durch die Berichte des französischen Gesandten Boisilecomte verleitet, die Widerstandskraft des Sonderbundes zu hoch eingeschlagen, die Macht der Bundesregierung unterschätzt hatte. Wie konnte Guizot die Ausführung einer Politik, die unbedingt erfolglos bleiben mußte, wenn es nicht gelang, das Vertrauen des Bundesraths zu gewinnen, einem Gesandten anvertrauen, der ein erklärter Anhänger des Sonderbundes war, den seine katholischen Sympathien hinderten, sich streng innerhalb der Grenzen seiner Instruktionen zu halten, und der zu einer Beurtheilung der Sachlage völlig unfähig war?

Mit großer Ausführlichkeit behandelt Guizot die vielbesprochene Angelegenheit der spanischen Heirathen. Der Erfolg Ludwig Philipps war groß: aber es war sein letzter Erfolg, ein unfruchtbarer Triumph. Wenige Monate nachdem er die Infantin als Herzogin von Montpensier in den Tuileries empfangen hatte, waren die Hoffnungen und Entwürfe des Hauses Orleans unter den Trümmern des Julithrones begraben, war der König ein Flüchtling.

## 2.

## Innere Politik.

Guizot leitet den vorliegenden Band seines Werks mit einer Entwicklung seiner Ansichten über das parlamentarische Regime ein. Die politische Freiheit, oder, wie er sich mit einer bezeichnenden Wendung gern ausdrückt, die freie Regierungsform (*le gouvernement libre*), ist das Ziel und Bedürfnis der modernen Staatsgesellschaften. Das wesentliche Merkmal einer freien Staatsform ist aber die Verantwortlichkeit der Regierungsgewalt, oder was auf dasselbe hinausläuft, die wirksame Controle aller Regierungsacte durch das Volk. Jede Staatsform, die die Verantwortlichkeit der Behörden sichert und ihre Acte einer verfassungsmäßigen Controle unterwirft, bietet eine Gewähr für die politische Freiheit. Unter den Staatsformen, welche diesen Zweck erfüllen, betrachtet Guizot als die den Verhältnissen der europäischen Gesellschaft am meisten entsprechende die parlamentarische Regierung, wie sie in der constitutionellen Monarchie verwirklicht ist. Die Grundbedingung für das Gedeihen des constitutionellen Systems ist ihm aber die Bildung starker Parteien. Denn eine freie Regierung

würde jeder Kraft entbehren, wenn nicht auch die Mitwirkung der von ihr abhängigen Organe eine freie und freiwillige wäre. Die Organe der Gewalt sollen nicht bloß gehorsam sein, sie sollen mit voller Ueberzeugung, ja mit Leidenschaft die Principien der Regierung vertreten. Casimir Perier sagte einmal: ich brauche nicht Agenten, sondern Mitschuldige, d. h. Beamte, die die Sache der Regierung als ihre eigne ansehen, und daher auch bereit sind, ihren Theil an der Verantwortung zu übernehmen, die auf der Regierung lastet. Die Politik, welche die Regierung verfolgt, muß ihre Wurzeln haben in der Ueberzeugung einer Partei, die stark und kräftig genug organisiert ist, um der Regierung die Mitwirkung der Volksvertretung zu sichern. Es bedarf also vor allem der Einheit im Innern des Cabinets und der Uebereinstimmung desselben mit seinen vorzüglichsten Organen, der Organisation einer in den Principienfragen einigen, beharrlichen und consequenten Majorität, und des harmonischen Zusammenwirkens der Krone und der Kammern durch Vermittlung und unter Verantwortlichkeit der Minister. Nur diese dreifache Uebereinstimmung kann einer Regierung, die jeden ihrer Schritte vor dem Forum der Oeffentlichkeit zu verteidigen hat, die zur Erfüllung ihres Berufs nöthige Kraft und Autorität verleihen.

Man kann nicht in Abrede stellen, daß Guizots constitutionelle Doctrinen durchaus correct sind; und auch die Anerkennung kann ihm nicht versagt werden, daß er diesen Doctrinen gemäß gehandelt, daß er das parlamentarische Regime kräftig und unter steter Harmonie der concurrirenden Gewalten gehandhabt hat. Er beherrschte, mochte auch Soult bis zum Jahre 1847 den Titel des Conseilpräsidenten führen, das Ministerium; er besaß das Vertrauen des Königs, der, mochte ihm auch das selbständige und in sich fertige Wesen des Ministers zuweilen unangenehm berühren, doch zu sehr von der Nothwendigkeit seiner Politik überzeugt war, um ihr Hindernisse in den Weg zu legen; und endlich er verstand es, die Harmonie zwischen Krone und Kammer aufrecht zu erhalten; die Majorität war und blieb ihm aufrichtig ergeben; sie gewann durch die Neuwahlen des Jahres 1846 sogar einen beträchtlichen Zuwachs; auch die innere Consolidirung der Partei machte erhebliche Fortschritte; Guizots imponirende Energie bewirkte, daß die Neigung, der Regierung gelegentlich eine Lektion zu ertheilen, mehr und mehr außer Übung kam. An der Spitze ihrer 225 Satisfaits konnte die Regierung mit dem Gefühle großer Sicherheit den parlamentarischen Kämpfen entgegensetzen; sie mochte sich dem Vertrauen hingeben, allen Anforderungen des constitutionellen Systems in strengster Weise Genüge leisten, und doch dabei der Opposition jedes Zugeständniß versagen zu können.

So lange der Parteilampf sich auf parlamentarischem Boden bewegte, hatte Guizot daher alle Aussicht, auf lange Zeit hin die Grundsätze seiner Politik zur Geltung zu bringen. Die Gefahr eines unparlamentarischen Eingriffs in den Gang der Angelegenheiten schien aber überwunden. Der revolutionäre

Geist, der sich während des ersten Jahrzehnts der Julimonarchie in wiederholten Aufständen Luft gemacht hatte, dessen gewaltsame Zuckungen Frankreich als einen rastlos arbeitenden Vulkan erscheinen ließen, dieser stürmisch erregte Geist schien sich selbst verzehrt zu haben. Ludwig Philipp galt bei den europäischen Cabineten für den Vändiger der Revolution. Man verzieh ihm eine Usurpation, die er zur Wiederherstellung geordneter Zustände benutzt hatte.

Auch in Frankreich war der Glaube an das Erlöschen des revolutionären Geistes, wenn nicht allgemein, doch weit verbreitet. Der Herzog von Broglie rath Guizot im Jahre 1844, einige Schwankungen der Majorität durch seinen Rücktritt zu bestrafen, sowohl um selbst seine Kräfte wieder zu sammeln, und der Gefahr der Abnuzung zu entgehen, als auch um seinerseits der conservativen Partei eine Lection zu ertheilen. Die augenblickliche Situation hinderte Guizot, diesen Rath, dessen Motive er wohl zu würdigen weiß, zu befolgen, und das Resultat der Neuwahlen überhob ihn der Nothwendigkeit, ein so drastisches Disciplinarmittel gegen die Phalanx seiner Getreuen zur Anwendung zu bringen. Das Charakteristische an diesem kleinen Meinungsaustrausch der beiden nahe befreundeten Staatsmänner ist, daß beide wohl eine Gefahr ahnen, aber doch weit entfernt sind, die Quelle derselben zu erkennen. Den parlamentarischen Anforderungen war Guizots Autorität vollkommen gewachsen: die kleinen Schwankungen, die in der Majorität sich zuweilen zeigten, waren durchaus bedeutungslos gewesen; die Partei blieb ihm treu bis zu dem Augenblicke seines Sturzes. Den stürmischen Angriffen der leidenschaftlich erregten Opposition gegenüber hielt sie unerschütterlich Stand; aber die ausschließliche Aufmerksamkeit auf die parlamentarischen Kämpfe hinderte sie, wie Guizot selbst, zu bemerken, daß die Gegner, die ihm von der Tribüne ihre Kriegserklärungen entgegenschleuderten, nur die theils bewußten, theils unfreiwilligen Wortführer einer noch im Stillen sich organisirenden Macht waren, die sich nicht die Reform der Verfassung, sondern den Umsturz der Monarchie zum Ziele gesetzt hatte. Die revolutionären Erfahrungen, welche die Staatsmänner der Julimonarchie gemacht, hatten ihre Voraussicht nicht geschärft; ja sie trugen vielleicht dazu bei, sie in falsche Sicherheit über die Gefahren der Zukunft einzuwiegen. Die ältere Linie war des Thrones beraubt worden, weil sie in dem Kampfe gegen die gesetzmäßige Vertretung des Landes bis zu einem Attentat gegen den Bestand der Verfassung vorgegangen war: das Julikönigthum hatte seine Kraft in der Vertheidigung der Verfassung gegen zahllose Emeuten erprobt, und Ludwig Philipp's ganze Denk- und Sinnesweise gab die sicherste Bürgschaft dafür, daß er unter keinen Umständen sich mit den constituirten Gewalten in Widerspruch setzen würde. Eine Situation wie die, aus welcher die Julirevolution hervorgegangen war, konnte nicht eintreten. Was hatte man also zu befürchten?

Aber grade die scheinbare Stärke der Situation, die das Urtheil der Grenzboten III. 1867.

herrschenden Classe verblendete, barg die schwersten Gefahren der Zukunft in sich. Die Bestrebungen der Opposition gingen darauf aus, die Grundlagen der Majorität zu erschüttern: sie forderte Wahl- und Parlamentsreform, d. h. Erweiterung des Wahlrechts und Verminderung des Beamtenelementes in den Kammern. Letztere Forderung war schon vor 1840 wiederholt aufgetaucht, während die Frage der Wahlreform, nachdem der Wählercensus 1831 von 300 auf 200 Francs herabgesetzt war, längere Zeit ruhte, um erst nach 1840 in den Vordergrund des politischen Interesses zu treten. Der ausgesprochene Zweck der beabsichtigten Maßregel war, das Parteiverhältniß in den Kammern umzugestalten. Es war daher sehr erklärlich, daß, nachdem die Wahlen von 1846 wiederum den Beweis geliefert hatten, wie fest begründet die Sympathien der bestehenden Wählerschaften für die Regierungspolitik waren, der Eifer der Opposition einen gesteigerten Aufschwung nahm; aber ebenso erklärlich war es, daß die Majorität sich um so eifriger einer Verfassungsänderung widersetzte, die nothwendig eine Auflösung der eben erst gewählten Kammer zur Folge haben mußte. Denn daß unter dem Regime eines neuen Wahlgesetzes die Existenz einer nach einem beseitigten Gesetze gewählten Kammer eine Anomalie gewesen wäre, ist einleuchtend. So mußten sich denn die Parteigegegensätze zu einem höchst gefährlichen Conflict zuspitzen. Die Majorität befahl sich immer mehr in dem Dogma des absoluten Widerstandes, so tief, daß selbst Guizot ein Einlenken seinen Parteigenossen gegenüber kaum hätte wagen können; und in der Opposition reifte der Entschluß, die Kammer unter den Druck einer populären Agitation zu stellen, und ihr die beharrlich versagten Reformen abzuzwingen.

In England, in dem Lande der constitutionellen Praxis, ist, wenn es sich um die Durchführung einer bedeutsamen legislativen Maßregel handelte, eine kräftige Massenagitation angewendet worden, ohne daß dadurch die Sicherheit des Staates gefährdet worden wäre. In Frankreich, dem Lande der revolutionären Sprünge, hatte die Bewegung der Massen doch eine ganz andere Bedeutung. Die Legitimisten und Republikaner hatten ihre auf Umsturz der bestehenden Dynastie gerichteten Pläne keineswegs aufgegeben. Die Zahl ihrer Vertreter in der Kammer war nicht bedeutend, da ihr Anhang in den bestehenden Wählerschaften nur sehr schwach war. Und auch in der Masse des Volks würden scharf ausgesprochene republikanische Bestrebungen wenig Anklang gefunden haben, ebensowenig aber auch entschiedene Verurtheilung, da die Begeisterung für die Monarchie, oder gar für die Dynastie sich nur auf sehr enge Kreise beschränkte. Die Masse war oppositionell, in der Stimmung, sich an jedem Angriff gegen die Regierung zu betheiligen, unbekümmert um die versteckten Ziele, welche die Führer verfolgen mochten.

Unter diesen Umständen gereichte ein scheinbar ungünstiges Verhältniß grade der extremsten Partei zum größten Vortheil. Das war die Ungleichartig-

keit der Elemente, aus denen die Opposition sich zusammensetzte. Die parlamentarischen Gegner Guizots waren zum größten Theil streng dynastisch gesinnt; sie würden im Besitze der Macht sich zu einigen Concessionen verstanden haben und nach außen hin, allerdings ohne jede Aussicht auf wirklichen Erfolg, etwas geräuschvoller aufgetreten sein, im Wesentlichen aber würde ihre Verwaltung sich von der ihres Gegners wenig unterschieden haben: der Grundfehler des französischen Systems, die übermäßige Centralisation der Staatsgewalt auf Kosten der communalen Selbständigkeit, galt manchen unter ihnen, namentlich Thiers, in noch höherem Grade wie Guizot für ein unantastbares Dogma; Tocqueville, der allein unter allen Franzosen einen tieferen Blick in das wahre Wesen der politischen Freiheit gethan hat, der allein unter allen Franzosen die Vorbedingungen des constitutionellen Systems zu ergründen bemüht gewesen ist, war zu wenig praktischer Staatsmann, um als selbständiges Parteihaupt auftreten zu können, würde auch, wenn er es versucht hätte, ein Feldherr ohne Heer geblieben sein. Diese dynastische Opposition hatte aus den schon oben angeführten Gründen, ohne jede Vorliebe für eine Demokratisirung des Wahlsystems, das allgemeine Oppositionsprogramm zu dem ihrigen gemacht. Der Ruf nach Wahlreform wurde das gemeinsame Feldgeschrei der oppositionellen Orleansisten, wie der Legitimisten und Republikaner; derjenigen, die durch eine Concession an die Demokratie sich auf die Ministerfauteuils schwingen wollten, wie derjenigen, die sei es auf verfassungsmäßigem, sei es auf gewaltsamem Wege, die Verfügung über die Verfassung den Gegnern derselben in die Hände liefern wollten.

Die Verbindung mit den monarchisch gesinnten Elementen gewährte den Republikanern den unschätzbaren Vortheil, daß sie ihre Ziele verstecken und dabei doch die Aufregung so hoch steigern konnten, daß sie sicher waren, im Augenblicke der Krisis für einen revolutionären Staatsstreich eine kampfesmuthige Armee, deren Organisation man ganz dem populären Instincte überlassen konnte, bereit zu finden. Einige Criminalfälle, die sich in den höchsten Kreisen der Gesellschaft zutrugen, lieferten den Agitatoren eine schneidige und mit großem Geschick benutzte Waffe in die Hand: besonders der grauenvolle präslinische Fall und der Unterschleif des ehemaligen, Guizot durch Soult aufgedrungenen Ministers Teste, Fälle, die von der radicalen Presse als Symptome einer allgemein in den höheren Classen der Gesellschaft herrschenden Corruption dargestellt wurden. Ganz ungerechtfertigt war diese Auffassung nicht; aber es war ungerecht, für derartige Nichtswürdigkeiten Guizot oder Ludwig Philipp speciell verantwortlich zu machen. Es war ein reines Parteimanöver, die Corruption, die einen großen Theil der französischen Gesellschaft erariffen hatte, der Julimonarchie zur Last zu legen, während es doch leicht ist, Beispiele derselben Corruption aus den Zeiten des ancien régime, der Conventsherrschaft,

des ersten und des zweiten Kaiserthums zusammenzustellen. Guizot charakterisirte in einer Kammerrede das Verhalten des Publikums in derartigen Fällen sehr richtig: „Wir glauben zu leicht an die Corruption und wir vergessen sie zu schnell . . . Ich wünschte, daß wir etwas weniger beflissen wären, an das Uebel zu glauben, bevor wir es kennen, und etwas beharrlicher in der Beurtheilung desselben, wenn wir es kennen. Lassen Sie uns weniger argwöhnisch und dafür um so strenger sein.“ Gewiß ein treffendes Wort. Die Rachsucht der öffentlichen Meinung hatte das Uebel großgezogen; die edleren Gefühle, die es mißbilligten, bedurften der politischen Aufregung, um aus ihrem Schummer geweckt zu werden. Die Reaction gegen die Schlassheit des öffentlichen Urtheils trat nur da ein, wo sie ihrer Aufgabe mit Pathos und rhetorischem Schwunge sich entledigen konnte.

Während die dynastische Opposition sich an diesen Angriffen, um Guizots Stellung zu untergraben, aufs lebhafteste betheiligte, merkte sie nicht, daß die Leitung der öffentlichen Meinung, je erbitterter die Kämpfe in den Kammern wurden, um so mehr in die Hände der Republikaner überging, und daß sie selbst von den Streichen, die diese gegen die Verderbniß des Systems führten, ebenso getroffen wurden, als das Ministerium. Sie waren — wie auch nach der Auffassung Guizots, dessen Objectivität und Unparteilichkeit in der Beurtheilung seiner Gegner sich auch in der Schilderung der Schlußkatastrophe nicht einen Augenblick verläugnet — aufrichtig überzeugt von der Nothwendigkeit eines Ministerwechsels und einer Modification des herrschenden Regierungssystems. Sie hatten in dem langen Kampfe gegen Guizot sich daran gewöhnt, die Radicalen als Verbündete anzusehen, denen man wohl einige Concessionen machen mußte, die aber doch zu schwach wären, um daran denken zu können, die Früchte des Sieges mit ihnen zu theilen; man hatte auch, im Gefühle der eigenen Ueberlegenheit, keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um den Gegensatz der Principien, der die orleanistische von der republikanischen Opposition trennte, offen darzulegen. Von dem Augenblicke an, wo sie sich in Gemeinschaft mit den Radicalen entschlossen, durch die Bankette die Massen in Bewegung zu setzen, wurde die Scheidelinie zwischen den beiden Fractionen verwischt, oder vielmehr die Republikaner traten in die erste Linie, die Orleanisten mußten sich mit der Rolle der untergeordneten Verbündeten begnügen. Ganz richtig bemerkt Guizot, daß es sich jetzt nur um die Frage gehandelt habe, welche der beiden Oppositionen das Werkzeug der andern sein würde, daß aber, sobald die Frage so gestellt war, auch die Entscheidung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Als die Fractionen über das letzte verhängnißvolle Banket von Chateau-Rouge einig geworden waren, fühlten sich die Republikaner ihres Sieges sicher. Garnier-Pagès, dessen treffende Schilderung der Situation Guizot anführt, spricht es offen aus. Nach der entscheidenden Zusammenkunft bei Odilon Barrot, so

erzählt er in seiner Geschichte der Revolution von 1848, äußerte Pagnerre, als die radicalen Mitglieder der Vereinigung in der Nähe des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Beariff waren sich zu trennen, sein Erstaunen über die Bestimmung, die ihre Vorschläge bei der monarchischen Opposition gefunden hatten: „Sehen diese Herren wohl, wohin sie das führen kann? Was mich betrifft, so bekenne ich, daß ich es nicht deutlich sehe, aber so viel ist gewiß, daß wir Radicalen keine Ursache haben darüber zu erschrecken.“ Garnier-Pagès erwiderte: „Sie sehen diesen Baum, wohlan, schneiden Sie in seine Rinde das heutige Datum ein; was wir beschlossen haben ist eine Revolution.“

Und so war es. Zu spät erkannte die dynastische Linke, daß sie im Angriffe, zu spät aber auch die conservative Partei, daß sie im Widerstande zu weit gegangen war. Morny, ein eifriger Conservativer, rath der drohenden Gefahr gegenüber zu Concessionen in der Reformfrage; Guizot theilte seine Besorgnisse, aber erklärt, daß es für ihn unmöglich sei, in diesem Augenblicke mit einer Maßregel aufzutreten, die zur Zerfetzung der conservativen Partei führen müsse. Aber auch die monarchische Opposition erkannte den Abgrund, vor dem sie sich befand. Es kommt zwischen ihren Häuptern und den Mitgliedern der conservativen Partei zu einer Besprechung, aus der ein förmlicher Vertrag hervorgeht. In diesem Vertrage, dessen Wortlaut Guizot mittheilt, einigt man sich über ein Verfahren, nach welchem die Opposition in ihrem Widerstande gegen jeden Versuch, das Banket zu hindern, streng innerhalb der Grenzen der Gesetzmäßigkeit sich halten sollte. Man sollte sich versammeln, die Hinderung des Bankets durch die Polizei constatiren lassen und sodann auseinandergehen, und die Entscheidung über die zwischen Regierung und Opposition schwebende Rechtsfrage den Gerichten überlassen. Aber die Republikaner waren bereits zu weit engagirt, und sich ihrer Vortheile zu klar bewußt, um sich durch ein so künstliches Arrangement die Leitung der Dinge aus den Händen winden zu lassen.

Guizot war entschlossen, den unvermeidlich gewordenen Kampf durchzuführen. Aber im entscheidenden Augenblicke, als die Unruhen schon begonnen hatten, verließ den König der Muth. Zu schwach, den dringenden Bitten der Königin Widerstand entgegenzusetzen, ließ er Guizot fallen, und beauftragte Molin mit der Bildung eines neuen Cabinets. Der Unwille in den Reihen der Majorität war groß und gerecht. Selbst die Opposition verhehlte sich die Tragweite dieser Entscheidung nicht. „Ich habe den Fall des Cabinets gewünscht,“ sagte ein angesehenes Mitglied derselben zu Guizots Collegen Duchatel, „aber ich hätte Euch lieber noch zehn Jahre länger bleiben, als durch diese Pforte Euren Ausgang nehmen sehen.“ Es ist zweifelhaft, sowohl ob eine größere Beharrlichkeit den König gerettet, als auch ob Frankreich bei dem entgegengesetzten Ausfall der Krisis gewonnen haben würde; daß es aber ein unermesslicher Fehler war,

in einem Augenblicke, wo es sich nur um Sieg oder Fall handelte, durch Entlassung des zuverlässigsten Führers die Vertheidigungskraft völlig zu desorganisiren, bedarf nicht erst des Beweises. Indem der König Guizot aufgab, gab er sich selbst auf.

Die Schluskkatastrophe hat die Elemente der monarchisch-constitutionellen Partei, soweit sie sich nicht der neuen Ordnung der Dinge angeschlossen haben, wieder in einem Lager vereinigt. Es bleibt ihnen für jetzt wenig zu thun übrig, als den Parteidader zu beklagen, der den Untergang der Reformisten wie der Conservativen zur Folge gehabt hat. Sie haben beide gefehlt, die einen, indem sie aus Ungeduld mit den Feinden der constitutionellen Monarchie eine unnatürliche Verbindung eingegangen sind; die andern, indem sie den Zeitpunkt, wo sie stark genug waren, um den Vorwurf der Schwäche nicht zu fürchten, nicht benutzt haben, um diese Alliance durch eine weise Concession in ihrem Entstehen zu sprengen. Schwerlich werden die Parteien, deren Zwist die constitutionelle Freiheit vernichtet hat, berufen sein, sie wieder herzustellen. Und ob die jüngere Generation unter dem Drucke der Gegenwart ein Verständniß für die Bedingungen gewonnen hat, an die der Besitz der Freiheit geknüpft ist, — wir bezweifeln es. Unter der Herrschaft anspruchsvoller nationaler Eitelkeit vermag sich ein kräftiger Bürgersinn, in dem die Freiheit Wurzel schlagen könnte, nicht zu entwickeln. 3.

### Der erste Erzbischof von Bjelokriniz.

(Vergl. Nr. 33 der Grenzboten: „Die russischen Emigranten in Oestreich und der Türkei“).

Das durch Czaykowskii begründete altgläubige Erzbisthum von Bjelokriniz, dem, wie wir wissen, Ambrosius, der aus der griech. orth. Kirche ausgeschlossene Erzbischof der Bulgaren vorstand, entwickelte schon in den ersten Monaten seines Bestehens eine lebhafte Thätigkeit. Durch Vermittlung des neben Metternich mächtigsten Ministers in Oestreich, des Grafen Kolowrat und des den Altgläubigen besonders geneigten Erzherzogs Ludwig wußten Paulus und Olympius, die uns bekannten, als auswärtige Agenten besonders thätigen Mönche, ihrem neuen Oberhaupte zunächst die Anerkennung des wiener Cabinets zu verschaffen, dann